Stand: 15.12.2025 19:31:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7677

""Heldenhafte Spermien und wach geküsste Eizellen""

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7677 vom 21.07.2015
2. Beschluss des Plenums 17/7735 vom 22.07.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 52 vom 22.07.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.07.2015 korrigierte **Drucksache** 17/**7677**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Dr. Linus Förster, Harald Güller, Dr. Paul Wengert, Herbert Woerlein** und **Fraktion (SPD)**

„Heldenhafte Spermien und wach geküsste Eizellen“

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur Vielfalt der Lebensentwürfe und unterstützt das Vorhaben, die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen. Die finanzielle Förderung der Beilage „Familienbunt“ durch das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration steht im deutlichen Widerspruch zu dieser Grundhaltung, da in dieser Publikation diskriminierende Aussagen über gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften im Zentrum stehen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, dem Landtag über die Hintergründe dieser staatlichen Förderung umgehend mündlich und schriftlich insbesondere zu Folgendem zu berichten:

1. Hat die Staatsregierung Kenntnis über die Sonderausgabe „Familienbunt“ vom Juli 2015, die vom Familienbund der Katholiken im Bistum Augsburg herausgegeben und die auch als Beilage der Augsburger Allgemeinen Zeitung und der Allgäuer Zeitung verbreitet wurde?
2. Hat die Staatsregierung die Inhalte von „Familienbunt“ zur Kenntnis genommen und wie bewertet die Staatsregierung das Menschen- und Gesellschaftsbild, das mit dieser Veröffentlichung vermittelt und worüber beispielsweise in den Beiträgen unter den Überschriften „Heldenhafte Spermien und wach geküsste Eizellen“ oder „Diktatur durch Verwirrung“ zu lesen ist?
3. Ist es zutreffend, dass, wie es in „Familienbunt“ zu lesen ist, das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration die Sonderausgabe gefördert hat, und wenn ja, in welcher Höhe pro Jahr fließen für welchen Zweck staatliche Fördermittel an den Familienbund der Katholiken im Bistum Augsburg?
4. Beabsichtigt die Staatsregierung weiterhin Veröffentlichungen bzw. Projekte wie „Familienbunt“ zu fördern, und wenn ja, mit welcher Begründung, mit welcher Zielsetzung und in welcher Höhe?

Begründung:

Folgende Aussagen sind beispielhaft für die fragwürdige Ausrichtung der vom Sozialministerium geförderten Publikation:

Unter der Überschrift „Heldenhafte Spermien und wachgeküsste Eizellen“ ist zu lesen:

„Die ‚Gender Studies‘ haben Fachbereiche und Schulfächer fest im Griff. Kritik ist unerwünscht. Wer dagegen aufbegehrt, wird als „reaktionär“ bezeichnet. Die Gender orientierten Curricula halten aber den wissenschaftlichen Ansprüchen nur selten stand (...) Evolutionsbiologen sollten den Genderismus, eine universitäre Pseudowissenschaft, die den deutschen Steuerzahler jährlich viele Millionen Euro kostet, mit demselben Ernst analysieren und sachlich widerlegen, wie den damit geistesverwandten Kreationismus.“

Weiterhin ist unter der Überschrift „Diktatur durch Verwirrung“ zu lesen:

„Im Gegensatz dazu betrifft die Einführung der Homo-Ehe alle. Denn hiermit soll eine bislang gültige Norm ein für alle Mal abgelöst und eine neue Norm für Familie, Abstammung und Weitergabe des Lebens etabliert werden (...) Es deutet derzeit viel darauf hin, dass die Ehe in ihrer Bedeutung geändert werden soll. Nichtmehr Weitergabe des Lebens, sondern das Gefühl soll Grundlage der Ehe werden. Wenn aber das Gefühl unabhängig und jenseits von allen natürlichen Gegebenheiten normbildend zum Recht wird, dann wird in seinem Namen ein Vater fordern können, seine Tochter oder gar seinen Sohn; eine Mutter, ihren Sohn oder ihre Tochter; eine Schwester, ihren Bruder oder ihre Schwester; und ein Bruder, seine Schwester oder seinen Bruder heiraten zu dürfen. Das Inzestverbot wird ausgehöhlt und aufgehoben. In einem solchen Fall wird bald niemand mehr wissen, wer er im Hinblick auf den anderen ist. Schwerwiegende Identitätskrisen werden die leicht vorhersehbare Folge sein. Der gängige Begriff der Familie wird absurd und die erzieherische Autorität der Eltern eliminiert. Die Familie explodiert sozusagen.“

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 22.07.2015 **Drucksache** 17/**7735**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Dr. Linus Förster, Harald Güller, Dr. Paul Wengert, Herbert Woerlein** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**7677**

„Heldenhafte Spermien und wach geküsste Eizellen“

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Dr. Linus Förster
Abg. Joachim Unterländer
Abg. Ulrike Gote
Abg. Eva Gottstein
Abg. Claudia Stamm
Staatssekretär Johannes Hintersberger
Abg. Harald Güller

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
"Heldenhafte Spermien und wach geküsste Eizellen" (ber. Drs. 17/ 7677)

Wir werden jetzt erfahren, was sich dahinter verbirgt. Ich eröffne die Aussprache und darf gleich sagen, dass die SPD namentliche Abstimmung über ihren Antrag beantragt hat. – Ich darf Herrn Kollegen Dr. Förster das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der heutigen Sitzung beginnt die sitzungsfreie Zeit des Parlaments, und ich hoffe, dass Sie alle ein wenig Zeit haben, sich zu erholen.

Der eine oder die andere von Ihnen wird das vielleicht mit seinem Ehepartner oder seiner Ehepartnerin tun. Haben Sie sich schon einmal überlegt, was Ehe, Ehepartnerin und Ehepartner für Sie bedeuten? Ehe bedeutet Weitergabe von Leben, zumindest, wenn man der Definition einer aktuellen Publikation des Familienbundes der Katholiken im Bistum Augsburg folgen mag. Es wird befürchtet, dass diese Bedeutung geändert werden könnte; denn in der Publikation heißt es:

> Es deutet … viel darauf hin, dass die Ehe in ihrer Bedeutung geändert werden soll. Nicht mehr Weitergabe des Lebens, sondern das Gefühl soll Grundlage der Ehe werden.

Einmal abgesehen davon, dass ich ein hoffnungsloser Romantiker bin und das Gefühl als Grundlage einer Ehe gar nicht so schlecht finde, hat es schon seinen Grund, warum ich mit Ihnen über dieses Zitat bzw. die Publikation sprechen möchte, aus der dieser Artikel stammt. Der Autor argumentiert nämlich weiter damit, dass eine allein auf die Weitergabe des Lebens ausgelegte Ehe von Natur aus nur für Heterosexuelle gedacht ist. In diesem Eheverständnis ist natürlich auch kein Platz mehr für späte

Ehen oder für Ehen zwischen Menschen, die wissen, dass sie keine Kinder bekommen können oder wollen.

Das entspricht nicht den Vorgaben unseres Bürgerlichen Gesetzbuches; denn nach dem BGB kommt eine Ehe durch Willenserklärung vor einem Standesbeamten zustande und verpflichtet die Ehepartner zum gegenseitigen Unterhalt, zur ehelichen Lebensgemeinschaft und zu Verantwortung füreinander. Das klingt aus meiner Sicht nicht unbedingt romantisch, sondern nach Recht und Verpflichtung. Aber wir sollten nicht vergessen, dass die Entscheidung für Ehe und Familie eine im Grunde zutiefst wertorientierte Entscheidung ist, die der Staat aufgrund der gegenseitigen Übernahme von Verantwortung stützen und nicht verhindern sollte. Das gilt für uns unabhängig davon, ob das eine hetero- oder eine homosexuelle Übernahme von Verantwortung und Pflichten ist. Gleiche Pflichten verdienen auch gleiche Rechte.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen setzen wir von der SPD uns schon seit Langem für die volle Gleichberechtigung und ein modernes Familienbild ein. Die Publikation kann ruhig eine andere Position beziehen, wäre da nicht der Ton, in den sie dann verfällt.

Ich habe nur noch 23 Sekunden Zeit und sage Ihnen kurz und bündig, dass das Pamphlet ganz fürchterlich ist. Ich erzähle Ihnen dazu später beim Kaffee mehr, zumal jetzt so viele draußen beim Kaffee sind. Schlimm war für mich eines: Als ich das Pamphlet gelesen habe, habe ich rechts unten gesehen, dass es vom Staatsministerium für Familie und Soziales gefördert wird. Ich sage Ihnen, dass das für mich ein Schock war; denn das Papier ist homophob. Ich erkläre es Ihnen, wie gesagt, nachher draußen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe auch unter den Leuten, denen ich es gegeben habe, niemanden gefunden, der dementiert hätte, dass darin Äußerungen enthalten sind, die weit über das Ziel hi-

nausschießen. Ich konnte mir auch nicht vorstellen, dass unsere Ministerin Emilia Müller, die leider nicht da ist und die ich gerne direkt angesprochen hätte, hinter solchen Aussagen stehen kann, wie sie in dem Pamphlet getroffen werden.Weil wir uns das nicht vorstellen konnten, haben wir uns gedacht: Na ja, wenn die Staatsregierung das gefördert hat, hat sie entweder nicht gewusst, was darin steht – das wäre schlimm; denn was ist dann die Grundlage der Förderung, selbst auch einer institutionellen Förderung des Familienbundes? –, oder sie wusste es. Dann aber wüsste ich von der Staatsregierung gerne, ob sie die in diesem Pamphlet enthaltenen Äußerungen akzeptieren oder tolerieren kann; denn diese sind hart an der Grenze.

Deswegen haben wir die Staatsregierung im Dringlichkeitsantrag aufgefordert, mündlich und schriftlich darüber zu berichten, ob sie das kannte und, wenn ja, ob sie das Menschen- und Gesellschaftsbild, das in dieser Veröffentlichung dargestellt wurde, teilen und akzeptieren kann und in welcher Höhe der Familienbund gefördert wird.

Ich sehe: Meine Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, danke schön. - Ich möchte nur unseren Zuschauern und Zuhörern zur Information sagen: Dass die Ministerin nicht da ist, hat nichts mit Desinteresse zu tun, sondern sie befindet sich in Mutterschutz. Ich denke, wir wollen auch, dass sie die letzten Wochen vor der Geburt des Kindes für sich persönlich gestalten kann.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

– Frau Kollegin, Herr Kollege Dr. Förster hat gesagt, dass die zuständige Staatsministerin leider nicht da ist. Wer zuständig ist, weiß ich. Er hat von Frau Staatsministerin Melanie Huml gesprochen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Nein, von Frau Müller!)

– Nein? – Gut; wunderbar, das passt ja vielleicht auch. Natürlich hat er das Gesundheitsministerium angesprochen.

Jetzt machen wir mit den Wortmeldungen weiter. Herr Kollege Unterländer, bitte schön.

Joachim Unterländer (CSU): Liebe Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, dass dieses Thema eigentlich in Form einer Schriftlichen Anfrage an die Staatsregierung behandelt werden kann

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

und nicht Gegenstand eines solchen Dringlichkeitsantrags sein muss. Da wird ein Popanz aufgebaut, der nicht erforderlich ist.

(Beifall bei der CSU)

Der Artikel "Heldenhafte Spermien und wach geküsste Eizellen" wird von mir persönlich inhaltlich nicht geteilt und ist auch vom Stil her Geschmackssache.

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Es ist Ihr gutes Recht zu fragen, wie Aktivitäten von Familienverbänden finanziert werden. Dazu wird die Staatsregierung, Staatssekretär Johannes Hintersberger, sicherlich auch Auskunft geben. So viel von meiner Seite.

Ich weiß, dass der Familienbund der Katholiken für seine Arbeit jährlich insgesamt – ich habe nämlich aufgrund des vorliegenden Dringlichkeitsantrags extra recherchiert – 19.000 Euro erhalten hat. Der Familienbund fördert damit verschiedene Bildungs-, Vernetzungs- und Koordinierungsmaßnahmen. Ich habe mich auch mit dem Geschäftsführer des bayerischen Landesverbandes diesbezüglich in Verbindung gesetzt. Es erfolgt eine zentrale Verteilung von Mitteln, nicht ausdrücklich für das Vorhaben der Veröffentlichung, zumal die gesamten Mittel für Bayern meines Wissens – das habe

ich erfahren – wesentlich geringer sind als die Aufwendungen für diese Beilage in der "Augsburger Allgemeinen".

Solche inhaltlichen Ausreißer kann und muss man nicht teilen. Den gesamten Familienbund oder die staatliche Förderung unter Generalverdacht zu stellen, ist mehr als ungerecht.

(Inge Aures (SPD): Das macht doch keiner!)

Familienverbände, vor allen Dingen auch der Familienbund der Katholiken, leisten wertvolle Arbeit. Dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der CSU)

Zum Antrag selbst:

(Josef Zellmeier (CSU): Das sind doch Zensurversuche der Opposition, was da läuft! – Inge Aures (SPD): So ein Quatsch! Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der SPD)

Der erste Absatz ist nicht zustimmungsfähig. Erstens gibt es meines Wissens keine unmittelbare Förderung – ich darf dies noch einmal sagen – dieser Beilage.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Es ist ein Berichtsantrag!)

Zweitens ist eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ein Thema, das Bundessache ist und auch politisch umstritten ist. Deswegen kann es nicht zum Gegenstand eines Berichtsantrags gemacht werden. Aus meiner Sicht ist das eine absolute Schieflage.

(Zurufe von der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich habe zunächst eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gote und dann von Ihnen, Herr Kollege Dr. Förster. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herr Kollege, ich meine, Sie haben die Publikation nicht ganz gelesen; denn es geht hier nicht darum, dass sich in einem Artikel einmal etwas findet, was man so nicht teilen kann. Die gesamte Publikation ist darauf angelegt, in verschiedensten Bereichen der Sozial- und Familienpolitik Positionen zu vertreten, die man eigentlich nur noch von der AfD und von den Pegida-Vertretern kennt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dies geht von vorne bis hinten, ob es um die Kinderbetreuung geht, ob es um die Homo-Ehe geht oder ob es um das Elternwahlrecht geht. Ich könnte Ihnen alles aufführen.

Diese Publikation ist ausdrücklich als Positionierung des Familienbundes konzipiert worden. Sie wurde als Sonderveröffentlichung konzipiert. Sie wurde weiter gestreut als andere Veröffentlichungen des Familienbundes. Man kann also nicht davon sprechen, dass da irgendetwas einmal durchgerutscht sei. Das ist genau so angelegt gewesen.

Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht um Zensur; sie können von mir aus schreiben, was sie wollen. Sie sollen das aber bitte nicht mit staatlichem Geld, nicht mit Geld aus unserem Haushalt tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte jetzt von Ihnen wissen, ob Sie sich gegenüber Ihrer Staatsregierung in Zukunft dafür einsetzen, dass dieser reaktionäre Verband – nichts anderes ist das, auch wenn er sich katholisch nennt –,

(Josef Zellmeier (CSU): Unglaublich!)

der Positionen vertritt, die wir bei Pegida und AfD ablehnen, noch weiter gefördert werden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Joachim Unterländer (CSU): Frau Kollegin Gote, ich kenne ja Ihre Katholikenphobie.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich muss Ihnen aber schon eines sagen:

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie sich mit der Arbeit des Familienbundes der Katholiken beschäftigen,

(Zuruf von der SPD: Entschuldigen!)

wenn Sie sich mit dieser Arbeit inhaltlich auseinandersetzen, wissen Sie, dass das nicht Kern der Arbeit des Landesverbandes ist.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Bildungs-, Vernetzungs- und Koordinierungsmaßnahmen sind die wesentlichen Ziele und Inhalte dieser Arbeit. Sie wissen, dass es sogar GRÜNE und eine ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag gibt, die dann Bundesfamilienministerin war, die sich für ein Familienwahlrecht ausgesprochen haben. Das mit Pegida und AfD in Verbindung zu bringen, halte ich schlichtweg für mehr als schräg und weise ich auch ausdrücklich zurück. Stellen Sie Aktivitäten in diesem Bereich nicht mit Verdächtigungen auf eine Ebene mit Pegida und AfD. Das hat nichts mit einer ordentlichen Recherche bezüglich staatlicher Bezuschussung zu tun. Das sollten Sie lassen; das ist völlig daneben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Förster, bitte.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass zwei der Autoren dieses Pamphlets mehrfach in Pegida-Veröffentlichungen publiziert haben und dass eine Autorin Mehrfachautorin bei "Kath.Net" ist, das vom Pressesprecher des Bistums Augsburg sogar als Tummelplatz für rechtes Gedankengut bezeichnet worden ist?

Des Weiteren möchte ich feststellen: Wir von der SPD sind nicht dagegen, dass die Arbeit von Institutionen gefördert wird, die ihre Meinung gemäß dem Prinzip der Meinungspluralität darlegen. Wir sind der Meinung, dass es sehr wohl das Recht von Institutionen ist, aufgrund ihrer Glaubensüberzeugung eine Position einzunehmen. Es geht aber um ein Zitat, das besagt: Wenn das Gefühl der Liebe statt der Möglichkeiten der Weitergabe des Lebens unabhängig und jenseits von allen natürlichen Gegebenheiten normbildend zum Recht wird, dann wird ein Vater fordern können, seine Tochter oder gar seinen Sohn heiraten zu dürfen, und ein Bruder seine Schwester oder seinen Bruder; das Inzestverbot würde dadurch ausgehöhlt und aufgehoben werden. - Ein solches Zitat erfüllt vielleicht schon den Tatbestand einer Volksverhetzung.

(Beifall bei der SPD)

Solche Publikationen dürften damit auf keinen Fall mit öffentlichen Mitteln subventioniert werden.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Unterländer (CSU): Erstens. Auch wenn es Ihnen nicht in den Kram passt - ich habe es Ihnen schon einmal gesagt –: Die Mittel werden für die Querschnittsaufgaben dieses Landesverbandes zur Verfügung gestellt, nicht für irgendwelche Publikationen von Diözesanverbänden. Ich bitte die Staatsregierung, das auch noch darzustellen.

(Inge Aures (SPD): Das steht doch darauf!)

Zweitens. Ich habe auch gesagt – nehmen Sie das bitte zur Kenntnis -, dass ich mich von Artikeln dieser Art – ich habe mir das aufgrund des Dringlichkeitsantrages sehr wohl durchgelesen – distanziere und ich sie nicht für den richtigen Weg der Auseinandersetzung halte. Ich bin der Meinung: Stellen Sie eine Anfrage. Dann erhalten Sie auch die richtige Antwort. Sie bekommen diese auch jetzt von der Staatsregierung.

(Inge Aures (SPD): Was soll denn das? – Weitere Zurufe von der SPD)

Jetzt aber einen solchen Popanz aufzubauen, ist vielleicht ein Sommertheater, aber keine vernünftige Oppositionsarbeit.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Ihr wollt die Wahrheit nicht wissen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Ja, wo sind wir denn hier?)

Präsidentin Barbara Stamm: Wenn wir uns wieder beruhigt haben, machen wir weiter. - Ich darf jetzt Frau Kollegin Gottstein an das Mikrofon bitten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Vorbemerkungen: Erstens. Ich denke, ob man eine Anfrage oder einen Berichtsantrag stellt, das obliegt der Eigenverantwortung der Fraktionen. Hier liegt ein Berichtsantrag vor.

(Beifall bei der SPD)

Zum Zweiten: Ich bin überzeugt, Herr Unterländer, dass sich zum Beispiel Alois Glück vom Zentralrat der Katholiken die Haare sträuben würden – hat er noch welche? -, wenn er diese Broschüre lesen würde.

(Zuruf von der CSU: Das wissen Sie jetzt schon?)

- In dem Fall schon, weil ich seine Positionen, die die christliche und insbesondere die katholische Lehre betreffen, sehr aufmerksam verfolge. Die in der Broschüre geäußer-

ten Auffassungen laufen diesen Positionen diametral entgegen. Das muss man so feststellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Deswegen muss ich ganz klar sagen: Die Fragen, die in dem Dringlichkeitsantrag gestellt werden, sind konkret und sehr sinnvoll. Es geht darum, ob die Staatsregierung die Inhalte der Broschüre gekannt hat. Wenn sie diese inzwischen kennt, dann wird sie sich entsprechend verhalten. Davon bin ich absolut überzeugt. Ich hoffe, dass sie so etwas wie diese Broschüre in Zukunft verhindern wird. Darum geht es. Ich gebe hier der Einschätzung der SPD recht. Wenn sich das schöne Wappen eines Ministeriums auf der Broschüre befindet, bekommt die Broschüre eine offizielle Aussagekraft, sie wirkt nach außen, und deshalb muss man darauf achten, ob dieses Wappen angebracht ist. In diesem Fall ist das Wappen auf der Broschüre nicht angebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Mir geht es um zwei Artikel, zum einen um den Artikel, der dem Dringlichkeitsantrag den Namen gibt. Diese Überschrift ist keine Erfindung der SPD, obwohl die SPD sonst auch sehr kreativ ist. Die Worte "Heldenhafte Spermien und wach geküsste Eizellen" finden sich auf zwei Seiten. Der Verfasser sagt ganz klar, sämtliche Theorien, die mit Gender zu tun hätten, seien pseudowissenschaftliche Theorien. Unterschwellig wird damit angedeutet, es handele sich um eine universitäre Pseudowissenschaft, die den deutschen Steuerzahler jährlich viele Millionen koste. Ich sage: Das ist eine wichtige und ernst zu nehmende Wissenschaft. Die wird hier verunglimpft. Das kann man so einfach nicht stehen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Der andere Artikel, um den es Ihnen in erster Linie geht und in dem zehn Thesen gegen die Homo-Ehe aufgestellt werden, hat die Überschrift "Diktatur durch Verwirrung". Man kann zur Homo-Ehe stehen, wie man will, aber was hier geäußert wird,

das ist unterstes Gedankengut und steht im Widerspruch zur katholischen Lehre. Herr Kollege Förster hat es schon gesagt: Es wird unterstellt, dass die Homo-Ehe unnatürlich sei, es wird unterstellt, dass die einzige Aufgabe der Ehe die Weitergabe von Leben sei. Sie, Herr Kollege Förster, haben gut ausgeführt, welche anderen Eheformen nicht erlaubt wären, wenn man dieser Argumentation folgen würde. So dürften beispielsweise Frauen ab 50 Jahren aufwärts keine Ehen mehr eingehen. Es wird wirklich behauptet, das Inzestverbot würde ausgehöhlt. Das halte ich für sehr bedenklich. Das geht weit hinter die momentanen Positionen der katholischen Kirche zurück. Die künstliche Befruchtung als solche wird in dem Artikel infrage gestellt, und es wird unterschwellig geäußert, dass Kinder, die auf diese Weise entstünden, überhaupt nicht wüssten, warum sie auf der Welt seien. Da geht es für mich – ich habe sehr bewusst seinerzeit an einer katholischen Schule unterrichtet – schon ans Eingemachte. Da wird das, was Grundlage des katholischen Glaubens ist und was beispielsweise Papst Franziskus vertritt, infrage gestellt.

Vor allem stört mich, dass immer wieder behauptet wird, das alles sei gegen die Natur. Man fühlt sich an das Mittelalter oder an dunkle Zeiten in unserer deutschen Geschichte erinnert, an Zeiten, die wir alle nicht mehr erleben wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt muss ich aber die Antragsteller enttäuschen. Wir FREIEN WÄHLER werden uns wegen des ersten Absatzes des Dringlichkeitsantrages enthalten. Ich habe das mit Herrn Kollegen Förster besprochen. Im ersten Absatz dieses Dringlichkeitsantrages geht es nicht um den Bericht, sondern es geht um die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Uns geht es dabei um das Prinzip. Wir reden hier nämlich über einen Dringlichkeitsantrag. Die Diskussion für oder gegen die Homo-Ehe sollte und muss unserer Meinung nach ausführlich geführt werden. Die Homo-Ehe sollte nicht so locker vom Hocker im Vorspann eines Antrags angesprochen werden. Das ist der Grund, warum wir den Dringlichkeitsantrag ablehnen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Wir müssen darüber diskutieren, wir sind nicht so klar positioniert wie Sie, Frau Kollegin Stamm. – Ich glaube, es ist nicht angemessen, dieses Thema, das wichtige gesellschaftliche Veränderungen für uns bedeutet, in einem Vorspann abzuhandeln. Wir haben in diesem Haus noch nicht ausführlich über dieses Thema diskutiert. Das werden wir tun. Dann werden wir auch klar Stellung beziehen. Der Bericht ist, wie gesagt, überfällig. Ich gehe davon aus, dass das Ministerium ganz schön Muffensausen bekommt bzw. die Staatsregierung das nächste Mal besser aufpasst, auf welchen Broschüren der Stempel eines bayerischen Ministeriums erscheint. Wir sollten aber eine so wichtige gesellschaftliche Frage nicht in einem Vorspann abhandeln. Deswegen werden wir uns der Stimme enthalten.

Dafür, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, über die Hintergründe zu berichten, bedanke ich mich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt erteile ich Claudia Stamm das Wort. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Ich bin katholisch aufgewachsen, sehr katholisch.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dabei sind mir Werte wie Nächstenliebe und Respekt vor dem anderen mitgegeben worden. Das bedeutet nicht, dass der oder die andere genauso sein muss wie ich, genauso aussehen muss wie ich oder genauso lieben muss wie ich. Es kommt einfach auf das Lieben an. Lieben an und für sich ist ein Wert, und mit diesem Pamphlet – so ist die Broschüre richtig bezeichnet worden – wird genau dieser Wert untergraben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Schlussfolgerung für mich ist: Die Ehe ist für alle zu öffnen. Wenn sich zwei Personen lieben und sie Verantwortung füreinander übernehmen wollen, dann sollen sie es, bitte schön, auch tun, und zwar mit allem, was dazugehört. Verantwortung füreinander zu übernehmen, ist auch ein Wert an und für sich.Die Ehe für alle ist kein Zuckerl, auch nichts, worüber man sich unnötig aufregen muss. Man sollte in diesem Zusammenhang auch nicht von "Getue" sprechen. Die Ehe für alle ist einfach eine Frage der Gerechtigkeit, nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sie brauchen keine Angst zu haben: Niemand kommt zu kurz. Es ist genug Ehe für alle da, wie mein Bundestagskollege es immer formuliert. Kein Homopaar nimmt einem Heteropaar die Ehe weg. Dieses Gut bleibt den Heteropaaren erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ausgehend von dem Wert, den anderen oder die andere zu respektieren, ist die Zeitungsbeilage vom vergangenen Samstag eine Ungeheuerlichkeit. Aber was auch im wörtlichen Sinne unglaublich ist: Diese Beilage ist letztlich aus Steuermitteln finanziert worden. Es ist mir egal, ob die herausgebende Institution oder die einzelne Beilage von staatlicher Förderung profitiert; aber das geht nicht. Ich betone: Ein solch reaktionäres Blatt darf nicht aus Steuermitteln finanziert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Es geht nicht an, dass die Herstellung einer diskriminierenden Zeitungsbeilage aus Steuergeldern subventioniert wird. Das ist ein No-Go.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Staatsregierung hat für alle möglichen Bedarfe und Probleme Beauftragte eingesetzt. Selbst einen Landesbankbeauftragten gibt es bei der Staatsregierung. Einen

Beauftragten, der sich darum kümmert, dass geschlechtliche Identitäten und queere Lebensweisen endlich nicht mehr diskriminiert werden, sucht man aber sowohl in der Exekutive als auch in der Legislative vergeblich. Dafür wird in Bayern kein Cent ausgegeben. Auch daran sieht man, wie sehr die CSU der gesellschaftlichen Realität hinterherhinkt. Ich formuliere es immer so: Die Stammwählerinnen und Stammwähler der CSU sind bei diesem Thema viel weiter als die CSU-Abgeordneten im Landtag und die Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Menschenrechtsverletzende Veröffentlichungen auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nicht passieren. Welch ein Armutszeugnis! Für homophobe und frauenfeindliche Schriften – dieser Aspekt ist schon angesprochen worden, auch wenn der Dringlichkeitsantrag darauf nicht explizit eingeht – wird öffentliches Geld ausgegeben. Die auch in puncto Frauenbild zutage tretende Rückwärtsgewandtheit dieser Beilage ist unerträglich. Für eine solche Beilage des Familienbundes der Katholiken werden Steuergelder bereitgestellt. Auf der anderen Seite wird – ich wiederhole es – nicht ein Cent für Maßnahmen gegen die Diskriminierung queerer Menschen bereitgestellt.

Die Förderung eines so rückwärtsgewandten Pamphlets aus Steuergeldern ist nicht angemessen. Ich kann nur an die CSU-Fraktion und die Staatsregierung, aber natürlich auch an den Familienbund appellieren, endlich in der Gegenwart anzukommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Hintersberger um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Förster, lieber Linus, vorneweg möchte ich sagen: Begib dich auf der Grundlage deines Manuskripts in einen inhaltlichen Diskurs mit den Herausgebern bzw. Verfassern dieser Publikation! Dies

wäre angesichts des einen oder anderen Punktes, den du hier angesprochen hast, die richtige Antwort.

Meine Damen und Herren, zu Ihrem Berichtsantrag nehme ich gerne Stellung. Bayern fördert die Vielfalt der Familien. Die Familie ist ein entscheidendes, wichtiges Element unserer Gesellschaft, da sie die Orientierung an Werten, insbesondere an dem der Solidarität, fördert. Daher ist es uns wichtig, die Familienverbände als Sprachrohre der Familien zu unterstützen. Ich möchte dies mit einem Dank für die von ihnen geleistete Arbeit unterstreichen. Es freut mich, dass Kollege Unterländer diesen Dank bereits ausgesprochen hat.

Wir unterstützen die Beratungs-, die Bildungs- und die Öffentlichkeitsarbeit der Familienverbände insgesamt. So erhalten alle im Landesbeirat für Familienfragen vertretenen Familienverbände staatliche Zuschüsse. Wer sind diese Verbände? Es sind der Landesverband Bayern des Deutschen Familienverbandes – DFV –, die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern und der Landesverband Bayern des Familienbundes der Katholiken.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Stamm?

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Nein. Machen wir es zum Schluss!

Präsidentin Barbara Stamm: Gut.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Die drei genannten Familienverbände erhalten zusammen 61.380 Euro staatliche Zuschüsse aus unserem Haus. Aus diesem Topf wird auch der Landesverband Bayern des Familienbundes der Katholiken mit etwa 19.000 Euro unterstützt. Ich betone: Die Förderung erfolgt über die Landesverbände. Diese lassen dann ihren regionalen Organisationseinheiten, die sich im katholischen Bereich in der Regel an der Diözese orientieren, die entsprechen-

de Unterstützung für eine Vielfalt von Maßnahmen zukommen. Diese reichen von Fach- bzw. Fortbildungsveranstaltungen, zum Beispiel Seminaren, über die Gestaltung des Facebook-Auftritts bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit.

Die Familienverbände betreiben ihre Öffentlichkeitsarbeit selbstverständlich eigenverantwortlich. Eine vorhergehende Abstimmung mit der Staatsregierung oder einer der Staatsregierung nachgeordneten Behörde gab es nicht, gibt es nicht und wird es nicht geben.

(Inge Aures (SPD): Wieso ist dann das Staatswappen drauf?)

– Horchen Sie halt zu, Frau Kollegin! Ich rede nicht von der Förderung, sondern von einer vorhergehenden Abstimmung. Das ist ein wichtiger, vielleicht sogar der entscheidende Punkt.

Stellen Sie sich einmal vor, wir zensierten – ich verwende dieses Wort bewusst – vorab alle öffentlichen Auftritte und auch alle Publikationen. Das kann und darf nicht im Sinne des Parlaments sein, auch nicht in Ihrem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Die in den Broschüren der Familienverbände enthaltenen Beiträge geben die Haltung der jeweiligen Autoren wieder. Dies wird in den Publikationen deutlich sichtbar zum Ausdruck gebracht.

Es ist unvereinbar mit dem Wesenskern der Demokratie, dass wir – wir bewegen uns im Bereich der Meinungsfreiheit – vorab in dem von Ihnen geforderten Sinne eingreifen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

– Liebe Frau Kollegin Gote, das ist so. - Die Meinungsfreiheit ist ein wichtiges Element unserer Demokratie.

(Zuruf von den GRÜNEN: Es gibt kein Recht auf Diskriminierung!)

Ich sage mit aller Leidenschaft, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung für jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger, für die Opposition sowie für die Vereine und Verbände, damit auch für die Familienverbände, gilt, und zwar unabhängig davon, welche Position inhaltlich vertreten wird, ob ich diese Position mittrage oder nicht. Dementsprechend werden wir die jeweiligen Positionen nicht von vornherein mittels Zensur abklären.

(Inge Aures (SPD): Das hat doch damit überhaupt nichts zu tun!)

– Das hat sehr wohl etwas damit zu tun. - Ich kann genauso wie Herr Kollege Unterländer klar sagen, dass ich die Position, die in dem genannten Artikel vertreten wird, nicht teile.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Nur ist dies hier nicht die Frage. Auch Verbände und Vereine haben selbstverständlich das Recht auf freie Meinungsäußerung in Bezug auf die verschiedenen Positionen, die sie wissenschaftlich und demensprechend auch gesellschaftspolitisch, theologisch oder wie auch immer aufwerfen. Entscheidend ist, dass wir diese Themen in einem demokratischen Gemeinwesen im Rahmen eines offenen Diskurses transparent erörtern. Daher lautet die Antwort auf die letzte Frage: Die Förderung der Öffentlichkeitsarbeit der Familienverbände wird nicht infrage gestellt und von unserer Seite in dieser Form weitergeführt. Ich denke, damit sind die Fragen klar und mit den notwendigen Angaben beantwortet.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Jetzt haben wir zwei Zwischenbemerkungen. Frau Kollegin Stamm, bitte.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Sie haben gerade von einem offenen Diskurs geredet. Ja, da bin ich völlig bei Ihnen; aber das gilt nur, solange er niemand anderen verletzt. Diese Schrift ist verletzend und menschenrechtsverletzend, was Homosexuelle anbelangt. Daran gibt es keinen Zweifel.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sie haben so oft und so schön das Wort "Familie" in den Mund genommen. Ja, ich möchte auch, dass Familien oder noch besser Kinder gefördert werden. Ich hoffe, Sie sprechen Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien und Alleinerziehenden nicht ab, dass auch sie eine Form von Familie darstellen. Da waren Sie in der CSU auf jeden Fall schon weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Außerdem sagten Sie so nett, dass der Name des Autors unter dem Artikel steht und der Inhalt die Meinung des Autors darstellt. Das heißt, dass jede Publikation, auch wenn sie reine Pegida- oder AfD-Lehre ist, die Förderung durch öffentliches Geld wert ist, solange der Name des Autors dabeisteht. – Nein, das kann es nicht sein. Es muss Kriterien geben. Es muss klare Kriterien geben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn Sie im Vorhinein sagen, es könne nicht zensiert werden, dann erwarte ich, dass im Nachhinein eine Konsequenz gezogen wird. Es gibt nämlich genügend andere Bereiche, in denen dieses Geld gut gebraucht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen, um es noch mal deutlich zu sagen: Von meiner gesamten Denke her unterstütze ich mit keinem Wort die Aussage des genannten Artikels. Zusammen mit meiner Frau habe ich fünf Kinder. Eine Tochter ist alleinerziehende Mutter. Glauben Sie mir: Ich sehe sehr wohl die besondere Verantwortung gerade gegenüber Familien mit alleinerziehenden Elternteilen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

In keiner Weise habe ich diese Familienform infrage gestellt oder werde ich sie künftig infrage stellen. Im Gegenteil: Diese Familienformen brauchen unsere besondere Unterstützung.

Die freie Meinungsäußerung ist ein sehr hohes Gut. Dies habe ich nicht nur nett dahergesagt, liebe Kollegin. Es ist wissenschaftlich grundlegend,

(Zurufe von den GRÜNEN: Was?)

seriös darzustellen, von wem welche Meinungsäußerungen, welche Artikel und welche Berichte stammen. Dies ist hier geschehen. Ich habe nicht mehr und nicht weniger gesagt. Hier wird nichts verwischt. Wenn ich Artikel vorfinde, die für jeden sichtbar persönlich unterzeichnet sind, ist damit nicht ausgesagt, dass dies die Haltung der Bayerischen Staatsregierung sei, meine Damen und Herren. Das bedeutet es in keiner Weise.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Güller für eine weitere Zwischenbemerkung das Wort erteilen.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe, Kolleginnen und Kollegen!

Harald Güller (SPD): Herr Staatssekretär, lieber Johannes Hintersberger, wir waren in der Diskussion schon ein bisschen weiter. Vorhin hat Kollege Unterländer gesagt, dass dieser Inhalt auch für ihn nicht akzeptabel ist. Der Inhalt dieses Pamphlets ist reaktionär, diskriminierend, verletzend und hinsichtlich der Inzestausführungen, von denen wir vorhin gehört haben, vielleicht sogar strafrechtlich relevant. Nichtsdestotrotz steht auf einer Seite das große bayerische Staatswappen und es steht dabei, diese Ausgabe sei durch das bayerische Sozialministerium gefördert.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Dadurch wird der Eindruck vermittelt, es würden auch die Inhalte geteilt. Deshalb folgt an dieser Stelle nochmals die klare Frage; denn der Inhalt ist nicht abgesprochen und – darin sind wir uns wohl einig – zumindest nicht akzeptabel: Gibt es jetzt ein klares Gespräch mit dem Familienbund in Augsburg und mit der Diözese, dass dies nicht akzeptabel ist, dass diese Publikation zumindest nicht mit dem Staatswappen weiterverteilt werden darf, und wird sich das Ministerium im Rahmen einer Klarstellung davon distanzieren? Auf Deutsch gesagt: Gibt es einen "Einlauf" für die Damen und Herren, damit sie so etwas nicht noch einmal machen und sich nicht noch einmal mit dem Staatswappen schmücken? Darauf erwarten wir heute eine Antwort von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Lieber Kollege Güller, wenn du mir zugehört hättest, hättest du die Antwort schon parat. Ich habe deutlich gesagt, dass ich den Inhalt dieses mehrfach angesprochenen Artikels nicht teile und er nicht meiner Haltung entspricht.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das reicht nicht!)

- Ob das reicht oder nicht, interessiert mich nicht. Ich habe das so gesagt. Dazu stehe ich. – Es sind ja mehrere Artikel. Für mich entscheidend ist der eine angesprochene Artikel. Es gibt durchaus auch Berichte, in denen inhaltlich sehr ordentlich diskutiert wird. Ich denke dabei an den letzten Artikel; er betraf das Thema Sterbehilfe. Es geht um diesen einen Artikel des französischen Philosophen. Den Namen habe ich jetzt nicht parat.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Daher werden wir – davon gehe ich aus – seitens des Ministeriums bezüglich dieses Artikels das Gespräch mit dem Herausgeber suchen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, vielen Dank. – Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen.

(Beifall bei der CSU)

Mir liegen auch keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die SPD-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 12.18 bis 12.23 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Das Ergebnis gebe ich dann später bekannt.

Ich darf an unsere Geschäftsordnung erinnern – ein bisschen müssen wir sie noch einhalten –, nach der wir hier nicht mit dem Handy telefonieren. Alles andere wie iPad, Laptop usw. reicht schon aus, aber das Telefonieren lassen wir hier wirklich bleiben. Irgendwann hört es mal auf! - Jetzt darf ich Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir fortfahren können.

Ich darf noch ein Ergebnis bekannt geben, und zwar das der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Jetzt umsteuern: Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit schaffen!", Drucksache 17/7676: Mit Ja haben 88 gestimmt, mit Nein haben 57 gestimmt. Es gab 16 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Jetzt kommen wir zur weiteren Tagesordnung. Die Dringlichkeitsanträge haben wir für heute beendet. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/7678 mit 17/7682 und 17/7685 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf noch das Ergebnis des Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib und Fraktion (SPD) betreffend "Heldenhafte Spermien und wach geküsste Eizellen", berichtigte Drucksache 17/7677, bekannt geben. Mit Ja haben 58, mit Nein haben 89 Abgeordnete gestimmt. 14 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.07.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; "Heldenhafte Spermien und wach geküsste Eizellen" (Drucksache 17/7677)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert			
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			X
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			X
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	58	89	14